

Vorerst kein Geld für die Sanierung der Schynigen Platte-Bahn

Das Berner Kantonsparlament hat am Dienstag einen Kredit von 9,5 Millionen Franken für die Sanierung der Schynigen Platte-Bahn vorerst zurückgewiesen.



Schynige Platte Bahn und Berghotel.

Bild: © Jungfraubahnen

Es müsse zuerst mit den übrigen Miteigentümern über eine angemessene Beteiligung an der Sanierung verhandelt werden, so der Berner Regierungsrat.

Die Grünliberalen störten sich daran, dass die öffentliche Hand für die gesamten Sanierungskosten aufkommen soll. Die übrigen Miteigentümer der Berner Oberland-Bahnen, zu denen die historische Ausflugsbahn auf die Schynige Platte gehört, beteiligten sich nicht an den Kosten.

Der Kanton Bern «schwimmt nicht im Geld» betonte Kasimir von Arx (GLP). Es wäre angemessen, wenn beispielsweise auch andere Miteigentümer wie die hochrentablen Jungfraubahnen im Umfang ihrer Beteiligung an die Sanierung zahlten. Nebst Bund, Kanton Bern und den Jungfraubahnen gehört auch noch das Unternehmen Rolly Fly zu den Aktionären.

Gewinne privatisieren, Kosten dem Staat aufbürden: das gehe nicht, brachte SP-Grossrat Luc Mentha die Haltung seiner Fraktion auf dem Punkt. Grossrat Peter Flück sprach sich Namens der FDP ebenfalls für eine Rückweisung aus. Es sei bestimmt im Sinn der Kantonsfinanzen, wenn der Regierungsrat mit den anderen Miteigentümern über deren Beteiligung noch einmal verhandle, sagte er.

Der Interlakner Grossrat Urs Graf (SP), in jungen Jahren selbst Kondukteur bei der Schynigen Platte-Bahn, bat seine Ratskolleginnen und -kollegen sich die Rückweisung gut zu überlegen. Natürlich sei die Jungfraubahn Holding ein hochrentables Gebilde mit Gewinnreserven von über 500 Millionen Franken. Doch diese Reserven seien investiert worden in die neue V-Bahn, was nun entsprechend auf die Liquidität drücke.

Neue Verhandlungen

Verkehrsdirektor Christoph Neuhaus warnte vor einer Rückweisung. Dies wäre ein schlechtes Signal für eine Tourismusregion, die gerade stark von der Coronavirus-Krise gebeutelt werde. Neuhaus hat nach eigenen Angaben durchaus mit Miteigentümern verhandelt. Der Bund unterstütze grundsätzlich keine touristischen Bahnen, gab Neuhaus zu bedenken.

Die Rückweisung ziele also in erster Linie auf die Jungfraubahnen. Diese hielten allerdings lediglich acht Prozent der Aktien. Auf die Jungfraubahnen kämen harte Zeiten zu wegen Corona. Und auch Neuhaus betonte, dass die Liquidität der Jungfraubahnen durch die Investitionen in die V-Bahn angefressen worden sei.

Der Grosse Rat entschied sich jedoch gegen Neuhaus und wies das Geschäft an den Regierungsrat zurück. Nun muss der Verkehrsdirektor erneut über eine angemessene Beteiligung der anderen Miteigentümer, namentlich der Jungfraubahnen, verhandeln. (sda/npa)

Publiziert am Dienstag, 09. März 2021